

Ziele der AfD gefährden das Exportland Bayern und Deutschland

Erstmals konnte bei der Bundestagswahl die AfD in den Deutschen Bundestag einziehen. Die Ursachen sind vielfältig und oft beschrieben. Was ist jetzt zu tun? Wie gehen wir damit um? Wir müssen die inhaltliche Auseinandersetzung suchen und die Gefahren, die mit den Zielen der AfD für unser Land verbunden sind klar benennen.

Denn diese Ziele waren unmissverständlich im Wahlprogramm formuliert. Nur einige Beispiele.

- Zurückführung der EU in einen (losen) Staatenbund – notfalls Austritt aus der EU
- Austritt aus dem Euro – zurück zur nationalen Währung
- Unabhängigkeit der EZB in Frage stellen
- Ablehnung von Ceta, TTIP und TiSA

Was würde das bedeuten?

Zurückführung der EU in einen (losen) Staatenbund – Austritt aus der EU

Über viele Jahrzehnte hat die CSU in besonderer Weise für den Zusammenschluss der Länder in Europa gearbeitet und damit Frieden und Freiheit für die Völker erreicht. Aus der EWG, welche die Grundlage für die Zollunion und den Binnenmarkt war, wurde die EU mit noch größerer Freizügigkeit beim Handel mit Waren und Dienstleistungen. Wer diese Entwicklung, die gerade Deutschland als Exportnation besondere Vorteile verschafft, zurückführen will - um dann im AfD-Sprech zu bleiben- „in nationaler Souveränität“ in bilateralen Abkommen die wirtschaftlichen Beziehungen zu regeln, wird unseren exportorientierten Unternehmen einen Bärendienst erweisen. Gerade der klein strukturierte Mittelstand an der Grenze zu anderen europäischen Ländern hat teilweise bis heute noch mit Marktzugangshemmnissen und versteckten Diskriminierungen zu kämpfen. Die Folge der AfD-Politik für Bayern und Deutschland wären Verlust von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft.

Austritt aus dem Euro- zurück zur nationalen Währung

Im Wahlprogramm der AfD wird behauptet, dass der Euro gescheitert sei und Deutschland den Euroraum verlassen soll oder muss. Unabhängig davon, dass unsere Bürger es begrüßen im Euroraum leichter Preisvergleiche ziehen zu können oder mit einer Währung in den Ländern bezahlen zu können, hat gerade unsere Exportwirtschaft davon große Vorteile: Die Mitgliedstaaten, auch wenn es in der Umsetzung Vieles zu kritisieren gibt, zu einer Stabilitätspolitik verpflichtet. Durch den Wegfall von Währungsabsicherungsgeschäften und Zurückführung der Exportbürokratie werden die Betriebe gewaltig von Kosten entlastet und deren Produkte noch wettbewerbsfähiger. Gerade für Klein- und Mittelbetriebe sind damit neue Exportchancen entstanden. Auch die bayerische Landwirtschaft profitiert in hohem Maße. Unsere Bauern, die Milch, Käse und Fleisch insbesondere nach Frankreich und Italien exportieren, können sich noch gut an Preisverfälle erinnern, wenn Lire und Franc abgewertet wurden. Mit dem Austritt aus dem Euro wären massive wirtschaftliche Nachteile verbunden.

Unabhängigkeit der EZB in Frage stellen

Für die CSU war bei der Einführung des Euro besonders wichtig, dass die EZB nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank die Politik der Geldwertstabilität unabhängig gestalten könne und in Frankfurt seinen Sitz hat. Das hat unser damaliger Finanzminister und Parteivorsitzender der CSU Theo Waigel erreicht, darauf dürfen wir auch stolz sein und der Erfolg gibt unserer Politik Recht. So haben sich seit Einführung des Euro die Exporte aus Bayern mehr als verdoppelt und die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse haben seit dem Jahr 2000 um über eine Million zugenommen. Auch wenn uns aus Sicht des Sparers die Niedrigzinspolitik der EZB nicht gefallen kann und die sich auch mittelfristig ändern muss, hat uns diese Politik bei der Bekämpfung der hinterlassenen Arbeitslosigkeit von Rot Grün, erheblich unterstützt. Die öffentlichen Haushalte können saniert werden, seit vier Jahren haben wir im Bund einen ausgeglichenen Haushalt, Bayern zahlt Schulden zurück und will ab 2030 schuldenfrei sein. Die Investitionen der öffentlichen Hand und die Investitionen von Handel, Handwerk und Gewerbe sowie der private Wohnungsbau sind kräftig gestiegen und schaffen immer mehr Arbeitsplätze. Das schafft Wohlstand, Zuversicht und soziale Sicherheit für die Menschen in unserem Land, in unserer Heimat. Die Abschaffung der Unabhängigkeit der EZB würde die Geldpolitik der politischen Einflussnahme unterwerfen und damit einer Schuldenpolitik, vor allem der südlichen Mitgliedstaaten des Euro, aussetzen. Das ist brandgefährlich.

Ablehnung von Ceta, TTIP und TiSA

Marktzugänge für unsere Wirtschaft sind elementare Grundlage für unsere Arbeitsplätze. Ceta, TTIP und TiSA schaffen einen geordneten Rahmen gegen eine grenzenlose, angsteinflößende Globalisierung. Wer dies, wie die AfD ablehnt, gefährdet damit die Arbeitsplätze unserer exportorientierten Industriebetriebe. Protektionistische Entwicklungen in den USA sollten uns hellhörig werden lassen.

Die nationalistischen Tendenzen und rassistische Äußerungen von AfD Abgeordneten gefährden die gute Zukunft unseres Landes, das in hohem Maße vom Export lebt. Sie schaden zudem dem Ansehen Deutschlands in der Welt. Die CSU steht für Weltoffenheit und fairen Welthandel. Dieser Ausgleich muss gelingen. Dafür hat sich die CSU stark gemacht. Deshalb führen wir die Auseinandersetzung sachlich aber mit großer Entschiedenheit.